

Protokoll:	Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	100
		TOP:	17
Verhandlung		Drucksache:	799/2016
		GZ:	T
Sitzungstermin:	14.03.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Thürnau		
Berichterstattung:	die Herren Holzer (HochbA) und Schirner (GFF)		
Protokollführung:	Frau Faßnacht / fr		
Betreff:	Betriebshof Deckerstraße - Umbau und Erweiterung Vorprojektbeschluss		

Vorgang: Ausschuss für Umwelt und Technik vom 21.02.2017, nicht öffentlich, Nr. 75

Ergebnis: Einbringung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Technischen Referats vom 08.02.2017, GRDRs 799/2016, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Dem Raumprogramm für den Umbau und die Erweiterung des Betriebshofes Deckerstraße in Stuttgart Bad Cannstatt (Anlage 1) auf Grundlage der Baubeschreibung (Anlage 2), des überarbeiteten Gestaltungskonzeptes der Architekten 'asp' (Anlage 3) und der vom Hochbauamt geprüften Kostenermittlung (Anlage 4) mit aktuellen Gesamtkosten (ohne Einrichtung) in Höhe von 11.000.000,- € wird zugestimmt.
2. Im Teilfinanzhaushalt des Tiefbauamts 660 sind beim Projekt 7.661058 - Betriebshof Deckerstraße - Ausz.Gr. 7871 - Hochbaumaßnahmen - 11.000.000,- € veranschlagt. Im Zuge der Baumaßnahmen fallen zusätzlich Kosten für die Einrichtung an. Der Aufwand wird aus den pauschal bereitgestellten Mitteln der Fachämter 66 und 67 für bewegliches Anlagevermögen gedeckt, bzw. es werden weiterverwendbare Einrichtungsgegenstände umgezogen.

3. Die Verwaltung wird ermächtigt, falls keine betrieblichen Gründe entgegenstehen, den Abbruch des bestehenden Lagergebäudes, die notwendigen Baum- und Strauchrodungen , sowie vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen zum Artenschutz nach § 44 Abs. 5 BNatSchG bereits vor Erteilung des Baubeschlusses in der Vegetationsruhe durchzuführen, um mit dem Neubau unmittelbar nach Baubeschluss beginnen zu können.
4. Das Hochbauamt wird ermächtigt, die weitere Planung gemäß HOAI bis Leistungsphase 5 und Teile der Leistungsphase 6 und 7 zu beauftragen. Der Einholung von Angeboten (vor Baubeschluss) wird zugestimmt.
5. Auf einen Projektbeschluss wird aufgrund der Eilbedürftigkeit der Baumaßnahme (s. Begründung) verzichtet.

StR Peterhoff (90/GRÜNE) bittet um die Beantwortung seiner im Rahmen der Einbringung gestellten Fragen zu den Themen Parkplätze, Bäume und Raumprogramm.

Herr Holzer (HochbA) führt aus, der Betriebshof werde von zwei Ämtern - dem Garten-, Friedhofs- und Forstamt und dem Tiefbauamt - genutzt und die Raumprogramme von beiden Ämtern entwickelt. Man habe somit Synergieeffekte nutzen können. Im Bürobereich, der im aufgesetzten Obergeschoss liegt, seien derzeit noch Flächendefizite ausgewiesen. Es gebe aber eine übergroße Verkehrsfläche mit zwei Fluren, sodass man ein Konzept entwickelt habe, um dieses Geschoss effizienter aufzuteilen, um den Verwaltungs- und Besprechungsteil dort gut unterbringen zu können. Bis zum Baubeschluss könne man detaillierter Auskunft geben.

Da die Kantine eine "Vesper"-Kantine für beide Ämter sei, könne diese Nutzung ohne Weiteres mit 10 % weniger Fläche untergebracht werden. Diese Einschätzung sei von den beteiligten Ämtern bestätigt worden. Ähnlich verhalte es sich im Bereich der Sozialräume wie Umkleiden, Duschen und Spinde, die ebenfalls von beiden Ämtern genutzt werden können. Man könne natürlich eine Zuordnung machen, dennoch sei man flexibler. Insgesamt lasse sich auf diese Weise eine Flächenreduzierung von 8 % ohne Weiteres verkraften. Auf einen zusätzlichen Aufenthaltsraum auf dieser Ebene wurde verzichtet, da im darüber liegenden Geschoss und mit der "Vesper"-Kantine genügend Fläche zur Verfügung stehe.

Zum Thema Lagerflächen informiert er, momentan gebe es überdachte Lagerflächen, Lagerflächen im Innenraum und solche im Freien. Durch eine Zuordnung des Lagerbedarfs lasse sich die Fläche effizienter ausnutzen. So könne man auch im Freien Dinge gestapelt lagern und eine Regenschutzabdeckung anbringen. Derzeit habe man einen Überhang an Lagerflächen im Innenbereich und zu wenig Fläche außen. Er bestätige, die Nutzungsanforderungen der beiden Ämter können im Vorentwurfskonzept abgedeckt werden.

Herr Schirner (GFF) ergänzt, von 15 zu ersetzenden Bäumen können 5 auf dem Grundstück ersetzt werden, 10 Baumstandorte werden im Zusammenhang mit der Architektenbeauftragung untersucht und zum Baubeschluss im Einzelnachweis vorgelegt.

StR Dr. Schertlen (STd) spricht sich dafür aus, ein vernünftiges Raumprogramm zu gestalten, auch wenn dies mehr kosten würde als laut Vorlage zur Verfügung steht, zumal Flächen der AWS und des GFF an anderer Stelle veräußert oder umgenutzt werden.

BM Thürnau weist darauf hin, dass man sich noch in der Vorentwurfsphase befindet. Es gehe zunächst darum, den Vorprojektbeschluss zu fassen. Er verweist außerdem auf die erfolgte Diskussion um Betriebsstandorte in der Stadt. Auch stehe man vielleicht gerade vor einer günstigen Entwicklung, was das Thema der Situation auf den Fildern angeht. Er sei daher hoch erfreut, dass der Tiefbauamtsstandort verlegt werden kann und beim AWS, der ohnehin dringend eine Flächenerweiterung auf den Fildern braucht, es eine Bewegung gibt mit der Feuerwache 5 - "vielleicht als Interim, vielleicht als mehr".

Der Vorsitzende hält es angesichts der prekären Situation der Betriebshöfe für schwierig, über einzelne Quadratmeter Fläche zu streiten. Er ist heilfroh über die zugestandene Investitionssumme von 11 Mio. € und möchte das Projekt nicht gefährden, indem weitere Forderungen für ein optimales Raumprogramm gestellt werden. "Ich warne an dieser Stelle nochmals deutlich davor, das zu übertreiben! Wir haben ein Raumprogramm, was aus Sicht der beteiligten Ämter funktioniert. Und dann sollten wir auch in diese Richtung gehen."

Herr Brause (GPR) bestätigt diese Aussage. "Alles was wir jetzt kriegen, ist besser als das, was wir haben! Das ist oben im Bereich Fildern genau das Gleiche. Das neueste, was das Referat T an Betriebshof hat, wird jetzt vermutlich wegkommen wegen Allianz. Und wir wissen alle, wie lange Interimsstandorte gehalten werden. Das ist der zukunftsicherste Bau, wenn es als Interim bezeichnet wird. Davon müssen wir wegkommen. Das ist nicht nur wenig wertschätzend gegenüber der Arbeitern und der Arbeit selber gegenüber, sondern es soll ja auch ein strategisches, zukunftsicheres Werk sein, was man dort veranstaltet."

Mit Blick auf den Betriebshof Villa Berg berichtet er, die betroffenen Beschäftigten seien höchst verunsichert und müssten von einem Provisorium zum nächsten umziehen. Wenn sie dann endlich zu einem Betriebshof kommen, so sollte dieser dann wirklich passen. Was den Bereich Filder und die Feuerwache 5 angeht, so stehe viel Zeit zur Verfügung, um schon im Vorfeld darüber nachzudenken, ob dies nicht ein sinnvoller und geeigneter Platz ist, um nachhaltig und zukunftsicher einen Betriebshof zu installieren.

BM Thürnau stellt anschließend fest:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik beschließt einstimmig wie beantragt.

Zur Beurkundung

Faßnacht / fr

Verteiler:

- I. Referat T
zur Weiterbehandlung
Hochbauamt (5)
Tiefbauamt (5)
Garten-, Friedhofs- und Forstamt (3)
weg. VA

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat WFB
Amt für Liegenschaften und Wohnen (2)
Stadtkämmerei (2)
 3. Referat StU
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (3)
Baurechtsamt (2)
 4. BezA Bad Cannstatt
 5. Rechnungsprüfungsamt
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-Plus (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN